

Bauboom und hohe Zuwachsraten in Hongkong

Im Jahre acht vor der großen Ungewißheit

Das kommunistische China will sich offenbar mit dem Kapitalismus der Kolonie arrangieren

Von Josef Joffe

Hongkong, im Dezember - Fluchtgeld wird normalerweise in „flüssiger“ Ware angelegt - in Diamanten, Cash oder Briefmarken. Nie aber in unbeweglichem Stahlbeton, doch genau das scheint im „Jahre acht“ vor der großen Ungewißheit in Hongkong zu geschehen. Die kleine - noch - britische Kronkolonie, der „Pickel auf dem Rücken des chinesischen Riesen“, ist betonmäßig zum Zwilling von Manhattan geworden. Das einzige Geräusch, das regelmäßig bis in die späte Nacht in die Ohren dringt, ist das Geratter der Bagger und Baumaschinen.

In Hongkong ist eine Bauepidemie ausgebrochen - und das, obwohl am 1. Juli 1997 der *Union Jack* für immer eingeholt und dann die Kronkolonie als „Sonderverwaltungsregion“ der Volksrepublik China einverleibt werden wird. Das Paradox - hie der ultrakapitalistische Bauboom, da die dräuende Zukunft im realen Sozialismus - wird am eindringlichsten durch das höchste und prächtigste Wolkenkratzerprojekt in Hongkong versinnbildlicht: Das noch unfertige Hauptquartier der Bank von China, mitten im Herzen der Insel, überragt alle anderen Banktürme; seine stumme Botschaft an die Kronkolonisten scheint zu lauten: „Ihr gehört zu Peking, aber wir wollen hier (vorläufig) nur Geld machen.“

50 Jahre lang, so hat's Peking den Briten per Vertrag versprochen, soll Hongkong sein „jetziges gesellschaftliches und wirtschaftliches System“ behalten dürfen. China, so heißt es weiter in der Acht-Punkte-Erklärung von 1984, will das bestehende Recht nicht antasten, dem Inselstaat einen „hohen Grad von Autonomie“ (außer in der Außen- und Verteidigungspolitik) einräumen und ihm die Selbstregierung erlauben. Kurzum: Hongkong darf zumindest 50 Jahre lang bleiben, was es zum Kapitalistenparadies der Welt gemacht hat: ein Gebilde - fast - ohne Zölle, mit einer Höchststeuerrate von 16,5 Prozent, mit eigener Währung und unreguliertem Kapitalverkehr.

Indes: „Die Hongkonger sind berufsmäßige Zweifler“ - so ein hoher japanischer Diplomat beim Neun-Gänge-Diner im exklusiven Jockey-Club, von dem auch noch niemand weiß, ob er 1997 überleben wird. (Ein anderer Mitesser wirft indes ein: „Keine Sorge, die Nomenklatura hat überall im Sozialismus ihre eigenen Clubs.“) Und so macht sich trotz der Stahlbetonorgie auch im regelmäßigen Wellenschlag

Pessimismus breit. Die ganz Reichen wie das weltumspannende Finanzimperium *Jardine Matheson* haben schon 1984 (als das Abkommen zwischen London und Peking unterzeichnet wurde) ihren Hauptsitz auf die Bermudas verlegt, eine britische Kolonie seit 1612, die im Gegensatz zu Hongkong nicht von ihrem mächtigen Nachbarn, den USA, für sich reklamiert wird.

Andere Firmen und Banken übersiedeln nach Singapur oder kaufen sich in New York und Vancouver ein. Überdies: Wer bloß sein Geld schützen will, hat ohnehin keine Probleme in einem Zeitalter, wo Guthaben mit Lichtgeschwindigkeit die Länder wechseln. Anders steht es um das Kapital „Mensch“. Grob geschätzt haben etwa 80 000 Hongkonger in den beiden vergangenen Jahren ihre Heimat verlassen - auf dem Weg nach Kanada, Australien und Amerika. Allein 1988 sollen es 50 000 gewesen sein; indes verraten derlei Zahlen nicht, ob der *brain drain* unumkehrbar ist. Viele Emigranten wandern bloß ab, um sich in ihrer Zweitheimat einen Zweitpaß zu besorgen. Mit dieser Versicherung in der Tasche kehren sie wieder nach Hongkong zurück, wo es sich für einen Chinesen besser leben läßt - und besser essen sowieso.

Auf jeden Fall läßt es sich in Hongkong besser und schneller zu Geld kommen als in Alberta oder Canberra. Das Bruttoinlandsprodukt ist 1986 (real) um 11,2 und 1987 um 13,6 Prozent gewachsen. (Im Vergleich dazu krebst die EG zwischen zwei und drei Prozent Wachstum.) Der Handel verzeichnete im vergangenen Jahr eine veritable Explosion von 37 Prozent. Nimmt man hinzu, daß natürliche Personen maximal 15,5 Prozent an Steuern abführen müssen und ansonsten relativ unberührt von bürokratischen Eingriffen ihr Kapital mehren können, dann wird verständlich, warum so viele von den Fahnenflüchtigen wieder in die Kolonie zurückkehren.

Auf jeden Fall scheinen die ausländischen Kapitalisten auf eine rosige Zukunft unter dem roten Stern zu wetten. An der Spitze stehen die Japaner, gefolgt von den USA und England. Die Deutschen halten sich zurück. Die Japaner haben im vorigen Jahr mehr als eine Milliarde US-Dollar investiert; das ist mehr als doppelt soviel wie im Jahre 1986. Ein Grund ist offenkundig, und der wurzelt nicht nur in der schnellen Rendite (ein hoher deutscher Diplomat: „Was heute gebaut wird, kann auch noch vor 1997 mit hohem Aufschlag

wieder verkauft werden.“), sondern vor allem in optimistischen Annahmen über den Baldbesitzer China.

Peking, so der allgemeine Tenor, kann es sich nicht leisten, zugunsten der reinen Lehre die Gans zu schlachten, welche die goldenen Eier legt. Alan McLean, Chefökonom der Kolonialregierung, macht folgende Bilanz auf: „Ein Drittel aller chinesischen Deviseneinnahmen stammt aus Hongkong. Das Re-Exportgeschäft (China-Produkte, die über Hongkong exportiert werden, d. Red.) weist 50-Prozent-Wachstumsraten auf. Die Exporte nach China sind in den vergangenen zehn Jahren von 81 Millionen auf 36 Milliarden Hongkong-Dollar (rund acht Milliarden Mark) gestiegen.“

Aber da ist noch mehr: China ist praktisch eine Wirtschaftskolonie der Kronkolonie geworden. McLean: „Es gibt 850 000 Industriearbeiter in Hongkong, aber zwei Millionen weitere Beschäftigte arbeiten für uns jenseits der Grenze, in China. Schon haben diese „Auswärtsgastarbeiter“ ein Nord-Süd-Gefälle in China erzeugt: Je dichter eine Provinz (etwa Guangulung) an Hongkong, desto reicher und „kapitalistischer“. Ein Hongkong-Geschäftsmann: „Ich war zwei Wochen lang in Guangulung und habe keinen einzigen Kommunisten getroffen.“

Das Fazit von McLean: „Die Sorge war hier, daß die Chinesen zwar gute Absichten, aber keine Ahnung vom Geschäft hätten und sich deshalb hier einmischen würden. Inzwischen hat man hier gemerkt, daß sie zwar hart verhandeln, aber flexibel und pragmatisch sind.“ Selbst im Ideologischen, wie ein bemerkenswerter Artikel des Chefs der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua in Hongkong just zeigen sollte.

Xu Jiatur ist kein Journalist, wie der Titel suggeriert, sondern Pekings heimlicher Regent in Hongkong. Unter der Überschrift „Ein neues Verständnis des Kapitalismus“ verkündete er in der *Beijing Review* geradezu Häretisches: „Wir müssen und können vom Kapitalismus lernen.“ Er schaffe „ein Umgebung, wo harte Arbeit sowie die Initiative und Kreativität des einzelnen ermutigt wird“. Die „Errungenschaften des Kapitalismus“ sollten „wissenschaftlich“ gewürdigt werden; falsch wäre ein „historischer Nihilismus“, der alle Erfolge bloß verneinen würde.

Richard Clift, der politische Berater des britischen Gouverneurs, unterstreicht schließlich die politischen Gründe, die Pe-

king auf dem Pfad der Tugend halten müßten, und der heißt „ein Land, zwei Systeme“. Da sei erstens der „Faktor Taiwan“: Wenn Peking zeige, daß es seine Versprechen gegenüber Hongkong nicht einhalte, dann könne es die Wiedervereinigung mit Taiwan auf ewig in den Wind schreiben. Zweitens: „China will und braucht eine Politik der ‚offenen Tür‘; deshalb muß es immer wieder demonstrieren, daß auf sein Wort Verlaß ist.“

Die Bürger selbst schwanken hin und her zwischen Zweifel und Zuversicht. Was denn passieren würde, fragt ein Professor der Lingnan-Universität zwischen „Kam-Ling“-Ente und Haifischflossensuppe im Jockey-Club, wenn nach 1997 ein Leitartikel die Regierung in Peking attackiere? „Aber das tut doch die Pekinger Presse heute schon selber“, schießt der Gastgeber zurück. Wie soll der Zwitter – hie Marktwirtschaft, da ein kommunistischer Souverän – überhaupt funktionieren? Der Lingnan-Professor bleibt skeptisch: „Wir sind doch ein kleiner Schwanz, der mit einem sehr großen Hund wedeln soll.“ Über allem steht die bange Frage: Wer wird, Lokalautonomie hin oder her, der wirkliche Herrscher von Hongkong sein?

Das Grundproblem ist nicht das „Grundgesetz“, bei dessen Formulierung Peking Hunderte von Hongkongern konsultiert hat und das alle klassischen bürgerlichen Freiheiten garantiert. Ungewiß ist vor allem, wie ein autonomes demokratisches System bei einer Bevölkerung funktionieren soll, die Demokratie nie gelernt hat. Die Briten haben seit 150 Jahren als „wohlwollende Despoten“ geherrscht; es gibt keine Parteien (außer den Kadern der Kommunisten) und keine Tradition der *self-rule*, der Selbstverwaltung.

Werden Parteien zugelassen, dann werden die Kommunisten die schlagkräftigsten sein. Aber dann würde sich auch die *Kuomintang*, die Partei der Taiwan-Nationalisten melden – ein Dorn im Auge Pekings. Die geheime Hoffnung Pekings, so die sarkastische Formulierung eines Hongkonger Politikprofessors, ließe sich am besten so ausdrücken: „Ein Land, zwei Systeme, keine Demokratie. Hongkong ist als britische Kolonie gut gelaufen, warum nicht auch als chinesische?“ Der lakonische Nachschlag eines hohen britischen Offiziellen: „Schließlich haben wir den Chinesen in langer, mühevoller Arbeit beigebracht, wie Hongkong funktioniert.“

13 Q